Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden von 12—1 Uhr.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Donnerstag, den 24. Juli 1884. Nr. 341.

Die Cholera.

Die Todesfälle in Paris, welche der Cholera nostras zugeschrieben werden, müssen im Augenblick stärker die Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen, als die Cholera-Todesfälle in Toulon und Marseille. Es läßt sich nicht verhehlen, daß die Besorgniß im Wachsen, auch in Paris sei ein Seuchenherd im Entstehen begriffen. Daß den beruhigenden offiziösen und offiziellen Meldungen aus Paris kein oder doch nur geringer Glauben geschenkt wird, liegt in der Natur der Sache, nachdem sich in Toulon und bei anderen Gelegenheiten zur Evidenz die Unglaubwürdigkeit französischer Meldungen erwiesen hat. Am 20. d. Mts. wurden in Paris „vier neue Fälle" angeblich sporadischer Cholera in Paris amtlich zugegeben, am 21. d. Mts. traten zwei neue mit tödtlichem Ausgange hinzu. Mittlerweile sind gestern und vorgestern wiederum neue gemeldet worden. Die größte Aufmerksamkeit ist also geboten. Auch in Arles und Brignolles sind neue Fälle gemeldet. In Toulon waren gestern 14, in Marseille 14, in Arles 8 Cholera-Todesfälle amtlich gemeldet.

* * *

Der „Rassegna" zufolge hat der italienische Sanitätsrath der italienischen Regierung vorgeschlagen, die Quarantäne für französische Provenienzen von 5 auf 7 Tage zu erhöhen.

Deutschland.

Berlin, 23. Juli. Ueber die Stellung der Nationalliberalen zum Tabakmonopol giebt die „Nat.-Lib. Korr." zunächst einen historischen Rückblick:

„Nachdem Fürst Bismarck am 22. Februar 1878 es bekannt hatte, daß er dem Tabakmonopol zustrebe, faßte die nationalliberale Partei in ihrer Fraktionssitzung den Beschluß, sich im Voraus gegen die Einführung des Tabakmonopols zu erklären und in der Reichstagssitzung vom 10. Mai desselben Jahres sagte Herr v. Bennigsen, ein Versuch zur Einführung des Monopols wäre geradezu unverantwortlich. Als sodann im Jahre 1880 die Frage gelegentlich des Antrages Richter wieder auftauchte, stimmte die nationalliberale Partei geschlossen für die von ihrem Mitgliede Dr. Buhl mit beantragte motivirte Tagesordnung, wonach, „in Erwägung, daß über die künftige Besteuerung des Tabaks bei der Berathung des Tabaksteuergesetzes in der letzten Session des Reichstags ein volles Einverständniß zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reichstag herbeigeführt ist, erwartet werden müsse, daß dieses durch Verkündigung des Gesetzes vom 16. Juli 1879 erst neuerdings beurkundete Einverständniß nicht wieder durch einen Antrag auf Einführung des Tabakmonopols in Frage gestellt werde." In der Sitzung vom 17. März 1881 sprachen die nationalliberalen Abgg. Buhl und Blum gegen die Bestrebungen der Straßburger Tabakmanufaktur, in welcher sie eine Tendenz zur Einführung des Monopols sahen. Als dann im Frühjahre 1882 der Gesetzentwurf des Tabakmonopols an den Reichstag gelangte, stimmte die nationalliberale Partei dagegen. In dem nationalliberalen Parteiprogramm vom 29. Mai 1881 heißt es: „Gegen das Projekt des Tabakmonopols hat die Partei aus wirthschaftlichen wie politischen Gründen entschieden Widerspruch erhoben"; dieses Programm ist aber ausnahmslos auf allen nationalliberalen Parteitagen von Neuem sanktionirt worden."

Daran knüpft das Organ eine Anfrage, woraus man entnehmen wolle, daß das in Zukunft anders werden könne. Wir wollen diese Frage für die Versicherung annehmen, daß die nationalliberale Partei sich auf das Tabakmonopol nicht einlassen werde, und somit dankbar acceptiren, auch um uns für später daran zu erinnern. Trotzdem können wir unsere Besorgnisse nicht ganz verscheuchen. Auch in der Unfallversicherung versicherten die Nationalliberalen, daß sie sich auf den Ausschluß der Privatversicherung, die dreizehnwöchentliche Karenzzeit, das Umlageverfahren u. s. w. nicht einlassen würden, um hernach diesen Dingen doch zuzustimmen und damit einen neuen Standard für die Grundsatztreue deutscher Abgeordneter aufzustellen, an den man sich nicht leicht gewöhnen kann. Aber nicht allein das. Von der „Köln. Ztg." erinnern wir uns ganz deutlich, daß sie, früher eine entschiedene Gegnerin des Tabakmonopols, mit der Ablehnung des Gesetzentwurfs insofern ihre Stellung änderte, als sie die Ablehnung zwar billigte, aber ausdrücklich hinzusetzte: für jetzt sei das Tabakmonopol abzulehnen gewesen. Die Artikel machten s. Z. großes Aufsehen und wurden — mit Recht oder Unrecht — dem nationalliberalen Abgeordneten Professor Marquardsen zugeschrieben. Mit dem Abg. Schauß zugleich ist auch der Bürgermeister v. Fischer-Augsburg wieder zu Ehren, in der Partei zu Einfluß gekommen und in Gaislingen als nationalliberaler Kandidat aufgestellt. Herr Fischer erklärte sich in der bayerischen Kammer als feuriger Anhänger des Tabakmonopols und behauptete, die Liberalen möchten beschließen was sie wollten, das Tabakmonopol käme doch. Angesichts solcher Thatsachen darf man zwar die Nationalliberalen noch nicht zu den Monopolanhängern rechnen oder auch nur glauben, daß das Gros der Partei schon jetzt wankend sei. Es bleibt aber Grund genug, um mit Vorsicht zu beobachten, ob die alten und überzeugungstreuen Gegner des Monopols in der Fraktion Einfluß genug behalten sollten, wenn dieses einmal in das politische Schachspiel derart verwickelt werden sollte, daß Grundsatztreue dazu gehört, um es abzulehnen.

— Durch den in Aussicht genommenen Zollanschluß Hamburgs und Bremens ist die seit Jahren schwebende Frage wegen Uebernahme sämmtlicher Seeschifffahrtszeichen an den deutschen Küsten auf das Reich ihrer Lösung näher gerückt worden. Bereits durch das Reichsgesetz vom 3. März 1873 erhielt der Artikel 4 Nr. 9 der Reichsverfassung einen Zusatz, wonach die Seeschifffahrtszeichen der Beaufsichtigung und der Gesetzgebung des Reiches unterliegen. Gegen dieses Gesetz, welches der Reichstag in seiner Sitzung vom 5. Juli 1872 beantragt hatte, stimmten im Bundesrathe Mecklenburg, Hamburg, Lübeck und Oldenburg, weil für dasselbe weder eine genügende Veranlassung, noch ein Bedürfniß vorliege. Da die neue Bestimmung der Reichsverfassung der Reichsregierung noch nicht die Macht giebt, eine einheitliche Regelung der Seeschifffahrtszeichen herbeizuführen, so beschloß der Reichstag in seiner Sitzung vom 16. Dezember 1876, „den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage baldthunlichst einen Gesetzentwurf vorlegen zu lassen, welcher die Herstellung und Unterhaltung der Seeschifffahrtszeichen an den Küsten, auf den Küsten-Gewässern und Fluß-Revieren, soweit dieselben von Seeschiffen befahren werden, der einheitlichen Regelung durch das Reich unterstellt."

Zur Ausführung dieses Beschlusses hat dem Vernehmen nach die Reichsregierung mit den Seeuferstaaten eingehende Verhandlungen geführt, die aber, wahrscheinlich an der Opposition Hamburgs, Mecklenburgs, Lübecks und Oldenburgs, scheiterten. Im Bundesrathe ist die Frage noch nicht zur Entscheidung gekommen, wohl aber hat die technische Kommission für Seeschifffahrt sich mit der Regelung der Seeschifffahrtszeichen beschäftigt und einen in erster Reihe auf der Farbe der Seezeichen beruhenden Entwurf mit dem Wunsche ausgearbeitet, daß vor Einführung ihres Systems eine weitere Besprechung der Seezeichenfrage in Schifffahrtskreisen erforderlich sei. Dies veranlaßte den Kapitän-Lieutenant Donner zur Ausarbeitung eines Entwurfes zu einem nationaldeutschen Betonnungs-System, welcher vor ungefähr einem Jahre in dem Beiheft zum „Marine-Verordnungsblatt" veröffentlicht wurde. Die in dem Entwurfe niedergelegten Vorschläge bezwecken die einheitlichere und präzisere Fixirung der Fahrstraßen behufs Verminderung der Kollisionsgefahr. Im Februar v. Js. faßte der deutsche nautische Verein den Beschluß, den Entwurf als geeignete Grundlage zur Regelung der Frage der Seeschifffahrtszeichen dem Reichsamte des Innern zur weiteren Erwägung zu unterbreiten. Bei den Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Seeuferstaaten wurde auch die Frage wegen Herbeiführung eines einheitlichen Betonnungssystems auf dem Wege einer internationalen Vereinbarung berührt. Von dem Donner'schen Entwurf sagt sein Verfasser, daß er eine genügende Grundlage bietet, „auf welcher man bei einigem guten Willen der Einzelmächte zu einer national-deutschen und vielleicht auch zu einer internationalen Verständigung wird gelangen können."

— Zur Frage der Einführung einer Normalzeit in Deutschland, die neuerdings vielfach ventilirt worden, gehen der „N. A. Z." folgende Bemerkungen zu:

Die Frage der Einführung einer deutschen Normalzeit kann nicht zur Ruhe kommen; sie tritt mit der Zeit immer lebhafter auf und wird erst dann verschwinden, wenn sie im nationalen Sinne: „Ein Reich, ein Volk, eine einheitliche Zeit!" auch bei uns — (leider müssen wir in diesem Falle dem guten Beispiel anderer Kulturvölker nachhinken!) — ihre Erledigung gefunden hat. Das unaufhörlich wachsende und in die verschiedensten Kreise des Volkslebens immer tiefer und tiefer eingreifende Verkehrswesen fordert diese Lösung immer gebieterischer.

Der rasch dahin sausende Eisenbahnzug kann selbstverständlich nicht darauf Rücksicht nehmen, daß die lokalen Zeitangaben der berührten Ortschaften bei der Fahrt nach Norden oder Süden dieselben bleiben, bei der Fahrt nach Osten oder Westen dagegen eine rasche Aenderung erfahren; für ihn kann es nur eine Zeit geben und zwar eine einheitliche und von der Lage des Ortes unabhängige. Die deutschen Eisenbahnverwaltungen haben daher, durch die Macht der Verhältnisse gezwungen, schon seit längerer Zeit dazu übergehen müssen, für den inneren Betriebsdienst eine Normalzeit, als welche die mittlere Berliner Ortszeit gewählt ist, zur Einführung zu bringen; auch die eifrigsten Gegner der allgemeinen Einführung einer Normalzeit für ganz Deutschland haben anerkennen müssen, daß der Eisenbahnfahrdienst einer solchen Normalzeit nicht entbehren könne.

Es bricht sich nun aber immer mehr die Ueberzeugung Bahn, daß die für den inneren Dienst getroffene Einrichtung auch für den äußeren Verkehrsdienst wird in Geltung treten müssen, und daß die zur Zeit noch gültige Vorschrift, wonach die Verkehrsbeamten im Benehmen unter sich nach der Normalzeit, im Benehmen mit dem Publikum nach der Ortszeit zu rechnen haben, für die Folge nicht wird aufrecht erhalten werden können. Bedenke man doch nur, wie durch Verwechselung dieser Zeitangaben die Pünktlichkeit und Sicherheit des Bahnbetriebes, an welchem doch fast das ganze Volk, in hohem Grade aber der gesammte Handelsstand lebhaft betheiligt ist, in ernstlichster Weise gefährdet werden kann. Darum fort mit der Ortszeit aus dem ganzen Eisenbahndienste und Ersatz derselben durch die Normalzeit!

Daß der Zeitpunkt, in welchem diese Forderung zur Wahrheit werden wird, nicht mehr fern ist, scheinen die Gegner der Normalzeit zu ahnen, und daß es dann mit den Ortszeiten im bürgerlichen Leben, welches gar zu viele Anknüpfungspunkte an das Verkehrsleben hat, bald zu Ende gehen wird, wissen sie sehr genau. Es werden deshalb, dem Vernehmen nach, in der letzten Zeit gewaltige Anstrengungen gemacht, um aus allen Kreisen der Bevölkerung zustimmende Aeußerungen zu der Forderung zu erhalten, daß doch nur jedem Dörflein im deutschen Reiche seine besondere Eigenthümlichkeit, nämlich seine eigene Zeit, erhalten bleibe. Der Haupteinwand, und eigentlich der einzige Einwand, den man gegen die Normalzeit zu erheben weiß, nämlich: daß die Tageseintheilung der bürgerlichen Thätigkeit nicht mit dem etwas geänderten Stande des Uhrzeigers werde in Einklang gebracht werden können, wird auch jetzt wieder erhoben werden, um die Gemüther gefangen zu nehmen. Dieser Einwand ist aber so schwach, auch bereits so oft widerlegt, daß es nicht lohnt, auf denselben nochmals näher einzugehen. Mögen nur Alle, namentlich aber die Angehörigen des Handelsstandes, gewarnt sein, Einflüsterungen Gehör zu geben, die für das Wohl und Interesse der Gesammtheit von Nachtheil sind. Es handelt sich um die Durchführung einer nothwendig gewordenen Einheitlichkeit!

— Der „Straßb. Post" wird von hier telegraphirt: der Kaiser Wilhelm habe zugesagt, der am 19. Oktober d. Js. vorzunehmenden feierlichen Einweihung des neuen Universitätsgebäudes in Straßburg beizuwohnen. Auch seitens der Berliner Universitätskreise ist eine große Betheiligung an den Straßburger Festlichkeiten zu erwarten, die unter diesen Umständen gewiß sehr glänzend ausfallen werden.

— Aus Deva wird telegraphisch gemeldet, daß die ungarisch-rumänische Grenzregulirungs-Kommission ihre Arbeiten in dem Territorium des Komitats Hunyad beendet und eine rektifizirte Landkarte angefertigt hat. Die Kommission hat übereinstimmend anerkannt, daß das im vorigen Herbst von Seiten Rumäniens demolirte österreichische Wachthaus innerhalb der österreichischen Grenze stand und daher widerrechtlich beanstandet worden ist.

— Wie der Herzog von Chartres in Marseille und Toulon den „Prinzen" spielte, darüber kommen von dort ziemlich ergötzliche Nachrichten: Wie ein richtiger Prinz von Geblüt, der den regierenden König in einer bedeutenden Sendung vertritt, unternahm der Herzog von Chartres seine Reise in Begleitung einer Suite von mehreren Personen, darunter der Graf

Feuilleton.

Therese Krones und der Starost.

(Schluß.)

Ein schnippisches Stubenmädchen öffnete, meldete ihn kichernd an, öffnete nach ein paar Minuten feierlich die Thüre des Boudoirs und sagte pathetisch, indem sie das Lachen verbiß:

„Die Audienz wird allergnädigst bewilligt. Man trete ein!"

Da stand der Grobian jetzt vor der schwer gekränkten Soubrette, die in reizender Spitzenrobe auf dem Sopha lag und mit der Hoheit einer Königin dem zaghaften Gaste ein majestätisches Willkommen zunickte.

„Ach, welch' eine herrliche Spitzenrobe!" stammelte der verlegene Bittsteller, als ob ihm die Kehle zugeschnürt wäre.

„Ja? Gefallen Ihnen meine Federn?" bemerkte Therese Krones ironisch.

„Da hast Eine!" dachte sich Lang, und wie ein Kind, das die Ruthe fürchtet, faltete er die Hände und sagte kläglich: „Bitte, bitte! Ich will's mein Lebtag' nicht wieder thun!"

„Hahaha!" lachte die Krones, „glauben's denn, ich bin im Ernst auf Sie bös gewesen, Sie Haspel? Es ist wahr, Sie sind manchmal so ein Ding — so ein Ding — wissen's, so ein Ding, das die Bauern zum Dreschen brauchen, so ein —"

Ja, ich verstehe — ich kenne das Ding."

„Aber ein lieber Kerl sein's doch, dem man nicht im Ernst gram sein kann. Na, was bringen's denn? Wolln's was von mir?"

„Ach, liebe Krones, der Starost setzt mir das Messer an den Hals. Er will Sie morgen nicht in meinem Benefiz spielen lassen, und wenn Ihr Name nicht auf dem Theaterzettel steht, nehme ich keine zehn Gulden ein."

„Ach, das ist wieder ganz was Neues? Und warum will er mich nicht spielen lassen?"

„Weil Sie nur zweimal in der Woche auftreten dürfen. Spielen Sie morgen für mich, so spielen Sie nicht mehr für ihn in dieser Woche, meint er."

„Und da meint er ganz recht."

„Er läßt Sie morgen nur unter der Bedingung spielen, wenn Sie auch übermorgen, in der Wiederholung des Quodlibets, also zum drittenmale in dieser Woche spielen, denn er will nicht verkürzt werden meinetwegen."

„O, du Knauser von einem Theaterdirektor!"

„Ich bin mit einem Fuß schon auf der Wanderschaft und brauche Reisegeld, liebe Krones — aber lieber will ich ohne Kreuzer Geld in die weite Welt, als auf Kosten Ihrer Gesundheit meine Taschen füllen. Fühlen Sie sich so wohl, daß Sie morgen und übermorgen spielen können?"

„Spielen kann ich morgen und übermorgen nicht, aber lügen kann ich heute, morgen und übermorgen," sagte lachend die Spitzbübin. „Sorgen Sie nicht für mich, sondern nur für sich und sagen Sie dem Starosten: „Ich spiele morgen und übermorgen. Mein Stubenmädchen wird's ihm schriftlich bringen. Und jetzt wünsch' ich Ihnen viel Glück zum Benefiz, Herr Socius! b'hüt Sie Gott!"

„Viktoria! Die da drüben in der Mördergrube haben sich kurios verrechnet, aber ich nicht, denn ich habe das Herz unserer Krones besser gekannt!" jubelte Lang und eilte überglücklich in die Theaterkanzlei zurück.

„Sie spielt?" fragte Steinkeller gedehnt, „ach, dann ist sie wirklich eine „dumme Gans!"

„Nein, sie spielt nicht!" flüsterte ihm sein Sekretär ins Ohr. „Morgen in der Früh läßt sie absagen, um sich für die „dumme Gans" zu revanchiren und dem Benefizianten eine Nase zu drehen."

Therese Krones drehte aber nicht ihrem Kollegen, sondern ihrem Direktor eine tüchtige Nase.

Sie spielte im Quodlibet und der Benefiziant erfreute sich eines vollen Hauses.

Am anderen Tage war die Wiederholung des Quodlibets angekündigt — aber noch vor dem Frühstück erhielt der Starost ein zierlich parfumirtes Briefchen mit folgender lakonischer Meldung:

„Ich möcht' heut gern spielen, aber der Doktor erlaubt's nicht. Ich hätt' dem Herrn Doktor gern eine lateinische Nas' gedreht, aber der Herr Doktor zwingt mich, dem Herrn Starosten eine deutsche Nas' zu drehen. Die dumme Gans läßt Herrn Lang eine recht glückliche Reise wünschen. Therese Krones."

Haussonville, der Herzog Sazorta, der Baron Fonscolombe u. s. w., die sich wie Kammerherren und Adjutanten geberdeten. Wenn „Se. königl. Hoheit" (für die Gelegenheit wurde der volle Titel hervorgesucht), irgend wohin gehen, ein Spital, einen Maire, einen Privaten besuchen wollte, so schickte er zuerst einen seiner Begleiter voraus, der seinen Besuch offiziell anzumelden hatte. Der Prinz besichtigte Choleraspitäler, Volksküchen u. s. w. und benahm sich überall in der richtigen Prinzenweise; beim Eintritt in die Säle ließ er sich Bericht erstatten, den einzelnen Kranken sprach er herablassend Trost zu, einem oder dem andern warf er die hoheitsvollen Worte zu: „Man wird sich mit Ihrer Zukunft beschäftigen!" — in der Volksküche geruhte er, Bouillon und Wein zu kosten und Beides ausgezeichnet zu finden; auf der Straße grüßte er die Bevölkerung, oft ehe diese den Hut gerückt hatte — kurz, wenn Philipp VII. wirklich auf dem Throne Frankreichs säße, so hätte die Reise des „ersten Prinzen von Geblüt" nicht anders in Szene gesetzt werden können, als dieser Ausflug des Herzogs von Chartres, über welchen die Organe des Orleanismus, „Gaulois", „Figaro" u. s. w. denn auch vollständig im Hof-Anzeigestil berichteten. Nur eine Einzelheit erinnert daran, daß der Graf von Paris erst in partibus König Philipp VII. ist: der Herzog von Chartres hat keine Ehrenlegionskreuze austheilen können und mußte sich, um nicht mit leeren Händen zu kommen, auf die Vertheilung prosaischer Münzen beschränken. Hätte er aus dem Staatsbudget schöpfen können, die Gaben wären sicherlich reicher ausgefallen; da aber die Orleans in die eigene Tasche greifen mußten, so fiel die Spende etwas dürftig aus — 50,000 Francs für die beiden von der Cholera heimgesuchten Städte. Das ist wenig, wenn man an den kolossalen Reichthum der Familie Orleans denkt (deren Besitzungen in Frankreich allein über 400 Millionen werth sind) und besonders wenig, wenn man der Summe den Apparat entgegenhält, mit welchem diese politische Reklamefahrt ausgeführt worden ist. Doch die Sparsamkeit der Orleans ist bekannt und sprichwörtlich. Ein bemerkenswerthes Zeichen der Zeit bleibt es nur, daß alle Beamten und Würdenträger, mit denen der Herzog v. Chartres in Berührung kam, Maires, Adjunkten, Stadtverordnete, Spitaldirektoren u. s. w., willig auf die Fiktion des offiziellen Prinzenbesuchs eingingen und aus dem Stegreif eine Rolle in der höfischen Komödie übernahmen. Niemand hatte die republikanische Steifnackigkeit, den Herzog von Chartres wie einen einfachen Privatmann zu behandeln. Man nannte ihn „Königliche Hoheit", man schloß sich seiner Suite an, man machte unterthänigst „die Honneurs", — das ist eine Erscheinung, welche den Pariser Machthabern zu denken geben sollte. Wenn, meint der Pariser Korrespondent der „Voss. Ztg.", wirklich das erste öffentliche Auftreten eines Prinzen genügt, um sofort die alten Distanzen und Verhältnisse zwischen dem Herrscherhause und den Unterthanen wiederherzustellen, so könnte einige Energie des Prätendenten denn doch der Republik gefährlicher werden, als wir Alle, die wir im Bannkreise der Pariser Demokratie leben, annehmen.

— Der Bericht des französischen Senators Dauphin über den Revisionsentwurf liegt nunmehr im Wortlaute vor. Bemerkenswerth sind die Motive, welche für die Beschränkung der Thätigkeit des Kongresses auf ein ganz bestimmtes Gebiet angeführt werden. Insbesondere wird hervorgehoben, daß Frankreich der Ruhe, der Arbeit und des Vertrauens bedürfe, und zwar um so mehr, als es am Vorabende der beinahe vollständigen Erneuerung aller öffentlichen Gewalten stehe. Hierzu komme, daß die Krise, welche den Ackerbau und mehrere Zweige des französischen Handels und der Industrie augenblicklich bestehen, als ausgeschlossen erscheinen lasse, gegenwärtig die wesentlichen Grundlagen der Verfassung zu diskutiren. Bemerkenswerth ist die Entschiedenheit, mit welcher die Revision des Artikels 8, der von den finanziellen Befugnissen des Senates handelt, bekämpft wird, so daß, falls die Konklusionen Dauphin's im Senate zur Annahme gelangen, an einen Ausgleich zwischen den beiden parlamentarischen Körperschaften nicht gedacht werden kann. Nichtsdestoweniger wird in dem Berichte großes Gewicht darauf gelegt, daß die Revision der Verfassung, nachdem sie überhaupt erst auf die Tagesordnung gestellt worden ist, durchgeführt werden müsse. Dauphin erachtet es für eine große Unvorsichtigkeit, diese Frage der Verfassungsrevision offen zu lassen. Andererseits wird denjenigen gegenüber, welche die Einberufung des Kongresses deshalb als gefährlich bezeichnen, weil derselbe über die gezogenen Grenzen hinausgehen könnte, betont, daß mit den von der Senatskommission vorgeschlagenen Garantien nichts zu befürchten stände. Inzwischen hat Leon Say anscheinend einen neuen Ausweg gefunden, bezüglich dessen der Korrespondent der „Nat.-Ztg." meldet:

Paris, 22. Juli. Leon Say ist anläßlich der im Senate bevorstehenden Debatte über die Revisionsvorlage aus Marienbad hierher zurückgekehrt. Leon Say soll ein vermittelndes Amendement vorbereitet haben, welches hinsichtlich der finanziellen Befugnisse des Senates, also des Punktes, der hauptsächliche Schwierigkeiten bietet, eine Einigung zwischen dem Senate und der Deputirtenkammer und mithin die Einberufung des Kongresses ermöglichen würde. Leon Say will, wie es heißt, vorschlagen, den beiden Kammern überhaupt die Initiative zu neuen Ausgaben zu benehmen, so daß dieses Recht der Regierung vorbehalten bleiben soll.

— Aus Warschau wird geschrieben: Die Zahl der Verhafteten wird auf 100 angegeben. Es sind größtentheils Russen, dann Serben und Bulgaren. Gestern wurden 20 Studenten russischer Nationalität verhaftet. Zwei Offiziere des hier garnisonirenden Regiments „Kaiser Wilhelm" haben sich erschossen, und zwar nimmt man an, weil sie in das nihilistische Komplott verwickelt waren. Der eine Offizier war erst 8 Tage verheirathet. Der Verhaftete Friedensrichter Bardowski wurd in seiner Amtsstube, die unter seiner Wohnung liegt, aber nicht während öffentlicher Gerichtssitzung, von zwei Gendarmerie Offizieren verhaftet. Der andere verhaftete Friedensrichter Fürst Metscherski ist wieder freigelassen. Bardowski, bei dem man Dynamit fand, wohnt an der Straße, die Kaiser Alexander passirt haben würde, wäre er nach Warschau gekommen. Die Verhaftungen sind durch die Gendarmerie, nicht durch die Polizei vollzogen; deshalb ist es sehr schwer, die Thatsachen vollständig festzustellen. Die Polen versichern, daß nicht ein einziger Katholik verhaftet sei. Warschau wimmelt von Soldaten.

— Das Parlament der Kapkolonie hat die Annexion der von England schon lange als Eigenthum betrachteten Walfischbai direkt an die Kapkolonie beschlossen. Das Territorium liegt etwa 107 geographische Meilen nördlich von Angra Pequena und 60—70 Meilen südlich von der Grenze der portugiesischen Besitzungen in Niederguinea. Das Land gleicht völlig dem von Angra Pequena; da es sandig, regen- und wasserlos. In dem rasch ansteigenden Hinterlande, dem Gebiete der Damaras (wie hinter Angra Pequena das der Namaquas liegt) treten Massen von reichhaltigem Kupfererz fast offen zu Tag. Im Damaraland befinden sich zahlreiche deutsche Missionsstationen.

Diejenige von Otyimbingue ist das erste Stück Land gewesen, welches in allen Formen Rechtes in den Besitz von Deutschen überging und wo bei jeder Gelegenheit die preußische resp. deutsche Fahne aufgezogen worden ist. England hat schon seit geraumer Zeit an der Walfischbai keine Hoheitsrechte mehr ausgeübt und so hat der Beschluß des Kap-Parlaments wohl die Bedeutung, daß man dort einem Vakuum, wie es in Angra Pequena eintrat, bei Zeiten vorbeugen möchte.

Leipzig, 21. Juli. Sobald gestern in der Festhalle das Bankett des VIII. deutschen Bundesschießens sich zu Ende neigte, verließ ein erheblicher Theil der Schützen die Tafel, um Veranstaltungen zu treffen zu dem Konkurrenzschießen. An demselben können statutengemäß nur soviel Schützen theilnehmen, als Scheiben vorhanden sind, also auf Standscheiben 46 und ebensoviel auf Feldscheiben. Von jedem Schützenvereine wird nur ein Schütze zugelassen; derselbe muß von seinem Vorstande ein Zeugniß darüber beibringen, daß die Anmeldung mit dessen Einverständniß geschehen ist. Bei dem Konkurrenzschießen ist also recht eigentlich die Elite der deutschen Schützen beisammen. Aufgabe ist nun, die Zahl der vorgeschriebenen Punkte (180 auf Feld-, 160 auf Standscheibe) in möglichst kurzer Zeit herausschießen. Zu diesem Zweck wird jedem der Konkurrenten eine Scheibe auf so lange zur alleinigen Benutzung überlassen, bis er die erforderliche Zahl der Punkte erreicht hat. Haben zwei Schützen die gleiche Zeit hierzu gebraucht, so nimmt der den höheren Rang ein, der weniger Schüsse nöthig hatte. Das gestrige Konkurrenzschießen ergab folgendes Resultat: Auf Standscheiben erlangten die ersten 10 Becher: 1) Hoppe-Liegnitz (in 16 Minuten 15 Sekunden); 2) Heinze-Löbau (in 17 Minuten 15 Sekunden); 3) Körting-Hannover (in 17 Minuten 45 Sekunden); 4) Gebert-München (in 18 Minuten 45 Sekunden); 5) Lentbecher-Leipzig (in 19 Minuten 45 Sekunden); 6) Zieschang-Bautzen (in 20 Minuten 45 Sekunden); 7) Langsteiner-Wien (in 21 Minuten 45 Sekunden); 8) Kern-Nürnberg (in 22 Minuten 15 Sekunden); 9) Koth-Ludwigshafen (in 24 Minuten 25 Sekunden); 10) Nixdorf-Löwenberg (in 25 Minuten 15 Sekunden). Auf Feldscheiben: 1) Schwerin-Berlin (in 23 Minuten); 2) Weigel-Basel (in 24 Minuten); 3) Aydt-Suhl (in 25 Minuten 97 Schuß); 4) Härtelt-Liegnitz (in 25 Minuten 116 Schuß); 5) Werneburg-Mühlhausen (in 28 Minuten 114 Schuß); 6) Seelmann-Offenbach (in 28 Minuten 130 Schuß); 7) Limp-Wien (in 28 Minuten 140 Schuß); 8) Vogel-Plauen (in 30 Minuten 126 Schuß); 9) Müller-Dresden (in 30 Minuten 130 Schuß); 10) Trübenbach-Chemnitz (in 33 Minuten).

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 24. Juli. Es ist dringend davor zu warnen, daß Reisende, welche geladene Revolver bei sich führen, dieselben nicht in ihre Koffer verpacken. § 48 des Betriebs Reglements für die Eisenbahnen Deutschlands schließt nämlich, wie alle der Selbstentzündung oder Explosion unterworfenen Gegenstände, auch geladene Schußwaffen, ohne genaueste Deklaration von der Beförderung aus. Wer diese Vorschrift übertritt, hat neben den durch Polizei-Verordnungen oder durch das Strafgesetzbuch festgesetzten Strafen, auch wenn kein Schaden geschehen ist, für jedes Kilogramm des Bruttogewichts solcher Versandtstücke eine schon durch die Auslieferung verwirkte Konventionalstrafe von 12 Mark zu zahlen und haftet für allen etwa entstehenden Schaden. Sind solche Gegenstände mit anderen nicht der Beschränkung dieses Paragraphen unterliegenden Gegenständen zusammengeladen, so ist das Gesammtgewicht des betreffenden Kollo, also inkl. der mit verpackten Gegenstände, bei der Straffestsetzung zur Berechnung zu ziehen

— Nach der „Stat. Korr." kamen in der Provinz Pommern im Jahre 1883 706 Schadenbrände vor, gegen 531 im Jahre 1882 und 577 im Jahre 1881.

— Der Transport von gesundheitsschädlichen, zum Verkauf bereits hergerichteten Nahrungsmitteln nach der Stelle, woselbst sie feilgehalten werden sollen, ist nach einem Urtheil des Reichsgerichtes, 2. Strafsenats, vom 2. Mai 1884, als Versuch des Feilhaltens von gesundheitsschädlichen Nahrungsmitteln zu bestrafen.

— Zur Lohnbewegung. In Gotha haben am 20. d. M. die Vertreter der Fachvereine der Schneider Deutschlands getagt. Vertreten waren die Städte Altona, Berlin, Bremen, Chemnitz, Dresden, Erfurt, Frankfurt a. M., Gera, Gotha, Halle a. S., Hamburg, Hanau, Hannover, Harburg, Leipzig, Ludwigshafen, Lübeck, Mainz, München, Nürnberg, Stuttgart, Wandsbeck, Wilhelmshafen, Zeitz und Zwickau. Es kam u. A. auch der hiesige Streik zur Sprache und wurde folgende Resolution angenommen: „Der Kongreß hält sich verpflichtet, den streikenden Stettiner Kollegen seine Sympathien auszusprechen und sie zu weiterem Vorgehen zu ermuntern und spricht die Hoffnung aus, daß kräftige Hülfe nicht ausbleiben möge, daß sich die Stettiner aber auch nach Kräften organisiren möchten."

— Unter großer Theilnahme der Kollegen, früherer Schüler und Freunde fand gestern Abend um 6 Uhr vom Berliner Bahnhof aus die Beerdigung des in Warmbrunn verstorbenen Professors Adolf Kuhr statt. Der Sarg war in dem Kaiserzimmer des Bahnhofes aufgebahrt und hielt daselbst Herr Pastor Friedrichs eine ergreifende Leichenrede, in welcher er das Leben und die vielen Vorzüge des Verstorbenen mit beredten Worten schilderte. Demnächst setzte sich der Leichenkondukt nach dem alten Kirchhofe in Bewegung, woselbst Herr Pastor Pauli den Segen und Gebet sprach.

— Wie wir hören, ist Herr Restaurateur Zerres hierselbst als Pächter des Konzert- und Vereinshauses angenommen worden. Die Pacht beträgt 20,000 Mk. pro Jahr, es hatten sich auch Reflektanten gemeldet, welche eine noch höhere Pachtsumme boten. Das Komitee zog es jedoch vor, dem durch seine Thätigkeit von bester Seite bekannten Herrn Z. den Zuschlag zu ertheilen. Die Baulichkeiten und die innere Einrichtung dürften bis zum Herbst so weit gefördert sein, daß die Eröffnung am 1. Oktober erfolgen kann.

— Der bereits vielfach, u. A. mit 25 Jahren Zuchthaus bestrafte Schuhmacher Fr. Alb. Dörstling aus Grabow, welchen erst am Montag eine dreimonatliche Gefängnißstrafe wegen Beleidigung des Kriminalschutzmanns Westphal traf, ist gestern wiederum unter dem Verdacht eines Hühnerdiebstahls in Haft genommen worden.

— (Bellevue-Theater.) „Der lustige Krieg", der hier immer seine großen Erfolge aufzuweisen hat und der jetzt schon lange ruhte, wurde von Frl. Münk, der Operetten-Diva des Bellevue-Theaters, zum Benefiz gewählt. Frl. Münk hat sich schon im vorigen Jahre am Elysium-Theater, wie auch in dieser Saison ihre Lorbeeren in vielen Glanzrollen erworben, so daß ihre Violetta im lustigen Krieg gewiß die Neugierde des Publikums erregen dürfte. Diese Benefiz-Vorstellung findet Freitag, den 25. dss., statt.

— (Elysium-Theater.) Ernste Dramen abwechselnd mit Lustspielen von ausgelassenster Heiterkeit stempeln die künstlerische Thätigkeit des Elysium-Theaters. Nach den großen Erfolgen von „Othello" und „Der Hüttenbesitzer" kommt heute für die Freunde der Lachkunst der Moser'sche Schwank „Mit Vergnügen" wiederholt zur Aufführung.

— Trotzdem die warme Witterung zu anstrengenden Leibesübungen nicht angethan ist, befindet sich doch die Mitgliederzahl des hiesigen Athleten-Klubs „Centrum" im steten Steigen und selbst von ärztlicher Seite sind demselben bereits Mitglieder zur Theilnahme an den den Körper kräftigenden Uebungen zugeschickt. Die Uebungsstunden des Klubs, welche Dienstags und Sonnabends im Glashause des zoologischen Gartens in der Pölitzerstraße stattfinden, bieten in Folge dessen auch während der Sommermonate recht angenehme Abwechselung. Besonders läßt sich dies von der gestern Abend sagen, in welcher der sich zufällig in hiesiger Stadt aufhaltende französische Athlet Mons. Veidlér als Gast anwesend war und einige seiner überraschenden Kraftproduktionen zum Besten gab, bei dem er mit ca. 600 Pfd. anscheinend spielend „arbeitete". Auch die z. Z. im Thalia-Theater gastirende Kraft-Jongleuse Miß Victorina bot einige ihrer von großer Kraft und Geschicklichkeit zeugenden Leistungen. Wie wir hören, wird bei dem am Donnerstag im Thalia-Theater stattfindenden Benefiz auch Mons. Veidlér einmal mitwirken.

Aus den Provinzen.

Colberg 22. Juli. Außer dem das jüdische Kurhospital so hoch ehrenden Gnadenbeweis Ihrer Majestät der Kaiserin (Ihre Majestät hatte die Summe von 100 Mark übersandt), empfing dasselbe zu seinem 10. Stiftungsfeste auch sonst von höchster Stelle und Vertretern der hohen Behörden erfreuliche Beweise sympathischer Theilnahme, die ganz dazu angethan sind, die Verwaltung zu ermuthigen, auf dem bisher betretenen Wege fortzuschreiten. Se. kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz geruhten ebenfalls, die Anstalt beglückwünschen zu lassen. Ferner liefen herzliche Glückwünsche ein von dem Herrn Justizminister, von dem Herrn Ober-Präsidenten von Pommern, dem Herrn Regierungs-Präsidenten in Cöslin, dem Medizinal- und Regierungsrath Herrn von Massenbach in Cöslin, sowie von vielen Privat-Personen von nah und fern.

Am Sonntag Vormittags um 11 Uhr wurde durch solennen Gottesdienst das zehnte Stiftungsfest im Betsaal der Anstalt in Anwesenheit des Herrn Landraths von Natzmer, Herrn Bürgermeisters Kummert und Herrn Stadtverordneten Vorstehers Speck unter zahlreicher Theilnahme hiesiger und fremder Personen begangen. Herr Rabbiner Dr. Goldschmidt hielt die Festpredigt an der Hand des Textwortes Jeremias 1, 18: „Siehe, ich habe dich heute bestellt zu einer festen Burg, zu einer eisernen Säule und zu ehernen Mauern", — und fesselte in mehr als 3/4-stündiger Rede die Aufmerksamkeit der Festversammlung; die liturgischen Gesänge wurden durch Kantor Zadikow, unterstützt vom hiesigen Synagogen-Gesang-Verein, ausgeführt.

Am Sonnabend, den 26. d. Mts., soll nunmehr im großen Strandschloßsaal die Nachfeier des Stiftungsfestes durch eine musikalisch-deklamatorische Abend-Unterhaltung zum Besten der Anstalt vor sich gehen.

Prenzlau. Herr Rabbiner Dr. Ritter von hier hat die auf ihn gefallene Wahl als Rabbiner der jüdischen Gemeinde in Rotterdam angenommen und ist bereits nach dort verzogen.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Elysiumtheater: „Mit Vergnügen." Schwank in 4 Akten. Bellevuetheater: „Prinz Methusalem." Komische Operette in 3 Akten.

Vermischte Nachrichten.

— Nach der am 19. Juli ausgegebenen Kurliste von Teplitz und Schönau betrug bis dahin die Frequenz dieser Bäder 18,074 Fremde, darunter 12,591 Passanten und Touristen.

— Ueber die Redefreiheit auf Londoner Bühnen schreibt uns ein Freund unseres Blattes:

„Wenn Du einen Hund hättest, wie würdest Du ihn nennen? Vielleicht Beaconsfield?"

„No."

„Warum nicht?"

„Ich will das Andenken des großen Mannes nicht verunzieren."

„Nun, dann vielleicht Gladstone?"

„No."

„Und warum nicht?"

„Ich will den Hund nicht verunzieren." . . .

Der Man wurde indessen nicht eingesteckt und hat auch kein Strafantrags-Formular wegen Gladstone-Beleididung über sich ergehen lassen, sondern man spielte ruhig weiter und überließ es dem Publikum, zischend und beifallklatschend seine Meinung kundzugeben. (B. T.)

— (Nach dem Skat.) A.: „Hast Du wohl bemerkt, wie geflissentlich C. beim Tourniren immer die unten liegende Karte hervorzieht und aufschlägt?" — B.: „Natürlich hab' ich's bemerkt. Solche abergläubische Menschen sind mir höchst lächerlich. Mich wirst Du nie anders tourniren sehen, als daß ich auf's Geradewohl die Karte, die mir zuerst zwischen die Finger kommt, aufschlage. Das ängstliche Wählen bringt immer Unglück."

— (Im Vertrauen.) „Ist es wahr, daß Du Dich mit dem jungen X. associiren willst?" — „Ja." — „Legst Du viel ein?" — „Nur meine Erfahrung. Das Kapital liefert der junge X. Unser Kontrakt lautet auf drei Jahre. Nach Ablauf dieser Zeit wird er meine Erfahrung und ich sein Kapital besitzen."

Paris, 19. Juli. Aus dem Hotel Dieu ist in einer der letzten Nächte ein Kranker unter Umständen entkommen, welche eine seltene Energie und Selbstüberwindung voraussetzen. Jean Villa war vor 14 Tagen als des Diebstahls verhaftet worden und hatte zu entfliehen versucht, sich dabei einen Beinbruch zugezogen, der seine Ueberbringung nach dem Hospital zur Folge hatte. Das rechte Bein lag in einem Gypsverbande und die Einschienung war der Art, daß jede Bewegung verhindert werden sollte. Wer schildert daher das Erstaunen des Saalwächters, als er mitten in der Nacht gewahr wurde, daß Villa nicht mehr im Bette lag und sich an einem Stricke aus dem nahen Fenster heruntergelassen haben mußte! Offenbar hatte er den Verband zerbrochen und aus den das Bein einwickelnden Leinwandstreifen eine Schnur verfertigt. Diese hatte er mit Hülfe eines Besenstiels am Fenster befestigt und nachdem dies geschehen war, sich mit dem zerbrochenen Bein auf die Brüstung hinaufgeschwungen und in den Garten hinuntergelassen, wo er ohne Zweifel erwartet wurde. Seitdem sind alle Anstrengungen, eine Spur von dem Flüchtling zu finden, fruchtlos geblieben.

Telegraphische Depeschen.

Elberfeld, 23. Juli. In den gestern Abend hier stattgehabten Versammlungen der nationalliberalen und der freikonservativen Partei ist, wie die „Elberfelder Zeitung" meldet, der Missionsinspektor Fabri einstimmig zum Reichstagskandidaten ernannt worden.

Darmstadt, 23. Juli. Der Großherzog ist heute Vormittag hier eingetroffen und hat seinen Aufenthalt in dem Jagdschloß Wolfsgarten genommen.

Paris, 22. Juli. Die Zahl der Choleratodesfälle von heute Vormittag 10 Uhr bis zum Abend betrug in Marseille 11, in Toulon 14 und in Arles 8 Personen.

Rom, 22. Juli. Der „Rassegna" zufolge hat der Sanitätsrath der Regierung vorgeschlagen, die Quarantäne für französische Provenienzen von 5 auf 7 Tage zu erhöhen.

Rom, 23. Juli. Ein heute unterzeichnetes Dekret ordnet eine Erhöhung der Quarantäne für die Landprovenienzen auf 7 Tage an.

London, 22. Juli. Gutem Vernehmen nach wird die nächste Konferenzsitzung am Donnerstag stattfinden.

London, 23. Juli. Nach einer Meldung aus Corunna von gestern hat der spanische Postdampfer „Gijon" mit dem englischen Dampfer „Laxham" kollidirt. Beide Dampfer sanken. Durch den spanischen Dampfer „Santo Domingo" wurden 45 Passagiere des „Gijon" und 11 Mann von der Mannschaft des „Laxham" nach Corunna gebracht.

Petersburg, 23. Juli. Der russische Konsul in der Dobrudscha, Sorokin, ist zum Generalkonsul für Ostrumelien ernannt worden.

Newyork, 22. Juli. Die Zeitungen veröffentlichen ein Schreiben Logan's, in welchem dieser sich bereit erklärt die Kandidatur für die Vizepräsidentschaft der Vereinigten Staaten anzunehmen.